

(A)

Anlage 1**Liste der entschuldigten Abgeordneten**

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Bär, Dorothee	CDU/CSU	01.03.2012
Beck (Reutlingen), Ernst-Reinhard	CDU/CSU	01.03.2012
Bluhm, Heidrun	DIE LINKE	01.03.2012
Brinkmann (Hildesheim), Bernhard	SPD	01.03.2012
Burchardt, Ulla	SPD	01.03.2012
Friedhoff, Paul K.	FDP	01.03.2012
Dr. Fuchs, Michael	CDU/CSU	01.03.2012
Gehrcke, Wolfgang	DIE LINKE	01.03.2012
Dr. Harbarth, Stephan	CDU/CSU	01.03.2012
Hintze, Peter	CDU/CSU	01.03.2012
(B) Kaczmarek, Oliver	SPD	01.03.2012
Kipping, Katja	DIE LINKE	01.03.2012
Körper, Fritz Rudolf	SPD	01.03.2012
Korte, Jan	DIE LINKE	01.03.2012
Krellmann, Jutta	DIE LINKE	01.03.2012
Kressl, Nicolette	SPD	01.03.2012
Ludwig, Daniela	CDU/CSU	01.03.2012
Luksic, Oliver	FDP	01.03.2012
Marks, Caren	SPD	01.03.2012
Nord, Thomas	DIE LINKE	01.03.2012
Philipp, Beatrix	CDU/CSU	01.03.2012
Ploetz, Yvonne	DIE LINKE	01.03.2012
Pronold, Florian	SPD	01.03.2012
Rupprecht (Weiden), Albert	CDU/CSU	01.03.2012
Süßmair, Alexander	DIE LINKE	01.03.2012
Wagenknecht, Sahra	DIE LINKE	01.03.2012

Anlagen zum Stenografischen Bericht (C)**Anlage 2****Zu Protokoll gegebene Reden****zur Beratung der Anträge:**

- **Bildungsarmut durch Alphabetisierung und Grundbildung entgegenwirken**
- **Niemanden abschreiben – Analphabetismus wirksam entgegenreten, Grundbildung für alle sichern**

(Tagesordnungspunkt 16 a und b)

Marcus Weinberg (Hamburg) (CDU/CSU): Lesen und Schreiben sind grundlegende Voraussetzungen, um sich im alltäglichen Leben zurechtzufinden und zu behaupten. Vielen Menschen in unserem Land bereitet das leider Probleme.

Wie die Ergebnisse der durch den Bund geförderten „leo. – Level-One-Studie“ zeigen, sind 7,5 Millionen Menschen in Deutschland sogenannte funktionale Analphabeten und haben somit Probleme, selbst kürzere Texte zusammenhängend zu lesen oder zu schreiben. Darüber hinaus haben 4 Prozent der Erwerbstätigen nicht nur Probleme mit mehreren Sätzen, sondern sogar mit einzelnen Wörtern. Und weitere 13 Millionen Bürger haben Probleme mit gebräuchlichen Wörtern – also eine allgemeine Leseschwäche. Diese zählen formal jedoch nicht zur Gruppe der Analphabeten.

Die Zahlen zum Analphabetismus zeigen, dass es dieses Problem gibt, das wir auch ernst nehmen. Doch ist mir hierbei eine differenzierte Betrachtung wichtig: Dem Eindruck, wir seien eine Nation von Analphabeten, möchte ich ausdrücklich entgegenreten, denn dieser ist fatal und auch falsch. Deutschland ist eine global agierende und eine der führenden Bildungsnationen der Welt mit einem hohen Bildungsstandard.

In der heutigen Debatte darf es nicht ausschließlich darum gehen, Fachkräfte zu qualifizieren. Die Bekämpfung des Analphabetismus ist mehr. Dahinter steht auch der Grundgedanke humanistischer Bildung: sich nämlich an den Interessen, den Werten und der Würde des einzelnen Menschen zu orientieren und damit das menschliche Dasein zu verwirklichen und zu verbessern.

Die vorliegenden Anträge bieten daher in der Sache durchaus berechtigte Lösungsansätze, enthalten jedoch nichts wesentlich Neues. In der Sache sind wir uns hier ja alle einig, nur über das „Wie“ gibt es unterschiedliche Ansichten. Eine Mehrheit der Vorschläge verkennt die bisherige Arbeit der Bundesregierung.

So hat die Bundesregierung das Thema Alphabetisierung und Grundbildung bereits seit längerem auf ihrer Agenda. Der dabei bereits eingeschlagene Weg wird nicht nur fortgeführt, sondern das Engagement im Kampf gegen Analphabetismus sogar noch ausgebaut. Hervorzuheben sind hierbei die Initiativen in der frühkindlichen Förderung, beispielsweise die Aktion „Lese-

(D)

- (A) start – Drei Meilensteine für das Lesen“, das größte Leseförderungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik. Darüber hinaus wurden vielfältige Forschungsvorhaben gestartet sowie weitere Projekte, die sich nicht nur an Kinder, sondern vor allem auch an die erwerbstätige Bevölkerung richten.

All den Unkenrufen der Opposition zum Trotz: Die Aktivitäten der Bundesregierung wurden in einer Anhörung des Bildungsausschusses von unabhängigen Experten gelobt, die ihr bescheinigten, dass der Bund sich der Aufgabe angemessen annimmt.

Ein weiterer Punkt, den Sie in Ihren Anträgen fordern, ist ein breites Aktionsbündnis von Bund, Ländern und Kommunen sowie Vertretern der Zivilgesellschaft. Die Idee ist gut, doch auch diese wurde bereits aufgegriffen und in Teilen bereits realisiert. So gaben beispielsweise Bundesministerin Professor Dr. Annette Schavan und KMK-Präsident Dr. Bernd Althusmann Ende 2011 den Startschuss für eine Nationale Strategie zur Verringerung der Zahl funktionaler Analphabeten. Der nächste Schritt muss nun die weitere und stärkere Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Vertreter sein. Doch auch diese Idee ist nichts Neues, und an ihrer Realisierung wird gearbeitet.

Nichtsdestotrotz sind die Länder gefordert, sich noch stärker zu engagieren. Gefragt sind konzertierte Aktionen, die auf bereits gewonnenen Erkenntnissen für vielversprechende Maßnahmen aufbauen. Dabei erscheint es mir wichtig, dass zielgenaue und bedarfsorientierte Angebote auf der Ebene der allgemeinen und der berufsbegleitenden Bildung geschaffen werden; Letzteres übrigens auch im Hinblick auf die Qualifizierung von Fachkräften. Zur Erforschung von Maßnahmen wurde Ende 2011 ein neues Projekt beschlossen, das mit 20 Millionen Euro vom Bund gefördert wird.

- (B) Um den Betroffenen besser als bisher konkrete Angebote zu unterbreiten, müssten die entsprechende Infrastruktur geschaffen werden und die Programme ausgebaut und sinnvoll miteinander verknüpft werden. Die Unionsfraktion würde die Ausrufung einer „Nationalen Dekade Alphabetisierung“, einer Imagekampagne oder auch die Einrichtung sogenannter Clearingstellen zur Abstimmung zwischen Bund und Ländern begrüßen.

Was gilt es zukünftig zu vermeiden? Meiner Ansicht nach insbesondere Aktionen, die schlicht nur mehr Geld binden und dieses mit der Gießkanne ausschütten und so ineffektiv verpuffen. Auch gehören Maßnahmen dazu, deren Erfolg zweifelhaft ist und die viele Bevölkerungsgruppen außen vor lassen.

Wichtig ist mir, dass der Stigmatisierung Betroffener entgegengewirkt wird. Egal welche Projekte existieren: Wenn die Betroffenen nicht zu einer Teilnahme ermutigt werden, bleiben alle Anstrengungen erfolglos. Der Abbau von Ressentiments ist hier ebenso wichtig wie das breite gesellschaftliche Engagement.

Eine der wichtigsten zu beantwortenden Fragen bei allen Forschungs- und Förderungsprojekten ist, warum es im Leben einiger Menschen offensichtlich zur Verringerung der Lese- und Schreibkompetenzen kommt. In

- Anbetracht der frühkindlichen Förderung und dem ganzheitlichen Besuch der Grundschule scheint der Analphabetismus, zumindest für in Deutschland Geborene, teilweise unerklärlich. Doch zeigt dies, dass auch nach dem Schulabschluss die Lust und die Bereitschaft zum Gebrauch der Sprache gefördert werden müssen.

Chancen und Risiken bieten aus meiner Sicht dabei die neuen Medien: Einerseits eröffnet sich hier eine Möglichkeit, Betroffene zu erreichen und so zugleich nicht nur deren Sprach- sondern auch die Lesekompetenz beispielsweise über den Umgang mit der sogenannten Social Media zu steigern. Andererseits bestehen Risiken durch den immer intensiveren Gebrauch neuer Medien, in denen Rechtschreibung oft vernachlässigt wird und diesbezüglich kontraproduktiv wirkt. Dies wird durch die Möglichkeit zur Kommunikation mittels Buttons und somit ohne Sprache begünstigt.

Weitere Anstrengungen sind unbestreitbar. Die Bundesregierung hat mit ihren Projekten den richtigen Weg eingeschlagen. Jetzt sind die Länder und die Gesellschaft gefordert, durch größere Sensibilität und erhöhtes Interesse Analphabeten aus dem Randbereich der Gesellschaft herauszuholen und sie erfolgreich zu integrieren. Wir als Bund werden dies wie gewohnt unterstützen und darüber hinaus Impulse setzen.

Axel Knoerig (CDU/CSU): Bereits am 9. Juni 2011 haben wir uns im Plenum mit Alphabetisierung und Grundbildung beschäftigt. Damals lag ein Antrag der Sozialdemokraten vor. Heute bringen nun die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Linken das gleiche Thema wieder auf den Tisch.

Die SPD-Forderung eines „Grundbildungspaktes“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen wird zwar von den Grünen und der Linken nicht aufgenommen. Dennoch wird eine umfassende Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen von der gesamten Opposition gefordert, die im Endeffekt auf dasselbe hinausläuft, egal wie man diese Konstruktion nun beim Namen nennt.

Der Antrag der Linken setzt dem aber noch eine Krone auf:

Ein Zehnjahresprogramm zur Umsetzung des Plans zur Alphabetisierung und Grundbildung soll in Angriff genommen werden. Zielvorgaben, Zuständigkeiten, finanzielle Mittel und Zeitpläne sollen unverzüglich vorgelegt werden. – Der Schwefelgeruch des Plansozialismus schwebt über dem Hohen Hause!

Ich kann vor solchen Vorhaben nur warnen. Was nutzen Zielvorgaben, wenn die Ergebnisse der Projektförderungen nicht zwischenzeitlich evaluiert und gegebenenfalls korrigiert werden? Der Bund wird hier mal wieder als Zahlmeister eingespannt, ohne dass die Instrumente auf Effektivität geprüft werden. Ein Zehnjahresplan ist völlig überflüssig und in diesem Zeitrahmen in der Koordination von Bund, Ländern und Kommunen auch nicht durchführbar. Der 17-Punkte-Katalog des Antrages der Linken ist im deutschen Bildungsföderalismus

- (A) über mehrere Wahlperioden hinaus überhaupt nicht realisierbar.

Im Gegensatz dazu hat die Bundesregierung längst mit umfassenden Maßnahmen vorgesorgt. Bereits seit 30 Jahren fördert das BMBF Projekte, die sich dieses Themas widmen. Die vom Ministerium in Auftrag gegebene Level-One-Studie der Universität Hamburg von 2011 verweist auf die erschreckend hohe Zahl von 7,5 Millionen Menschen, die funktionale Analphabeten sind. Der Begriff „funktionaler Analphabetismus“ trägt den Realitäten Rechnung. Er bezieht sich auf die individuellen Lese- und Schreibkenntnisse und bedeutet die mangelnde Beherrschung der Schriftsprache.

Die Ursachen für diese Defizite können sehr unterschiedlich sein:

Während der Schulzeit sind Lernrückstände entstanden.

Schwierige Lebensumstände haben die Aneignung von Lesekompetenzen erschwert.

Psycho-organische Beeinträchtigungen, fehlende Praxis oder ein Migrationshintergrund haben zu Benachteiligungen beim Erwerb der Lese- und Sprachkompetenzen geführt.

Was bedeutet das für die Betroffenen? Dieses „Manko“ bedeutet eine immense tägliche Belastung, diese gesellschaftlich nicht akzeptierte Schwäche zu kaschieren. Als direkte Folge entwickelt sich ein negatives Selbstbild, das geradewegs in die soziale Isolation führt.

- (B) Aus diesem Teufelskreis kommt man schließlich ohne fremde Hilfe nicht mehr heraus!

Bildung ist die Grundlage für die persönliche Entwicklung und soziale Teilhabe. In der Bildungsrepublik Deutschland soll die Chancengleichheit verbessert werden. Die Bundesregierung hat diesbezüglich in dieser Legislaturperiode schon viel auf den Weg gebracht. Zu nennen ist hier der Förderschwerpunkt des BMBF: „Forschung und Entwicklung zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“. Insgesamt 30 Millionen Euro stellt das Ministerium zwischen 2007 und 2012 für diese Maßnahme zur Verfügung.

Auch den geforderten gesamtgesellschaftlichen Konsens zu dieser Thematik hat die Bundesregierung längst hergestellt: Grundlage dafür ist die „Nationale Strategie zur Verringerung der Zahl funktionaler Analphabeten“, deren Förderbedingungen das BMBF am 8. Februar 2012 veröffentlicht hat. 20 Millionen Euro werden bis 2015 bereitgestellt.

Die neue Initiative hat das Ziel, betroffene Erwachsene besser in die Arbeitswelt zu integrieren und ihre fachlichen Fähigkeiten zu fördern. Erfolge soll dies mittels arbeitsplatzorientierter Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Alphabetisierung und Grundbildung.

Ich möchte an dieser Stelle nur die wichtigsten Förderschwerpunkte neben den bereits erwähnten ansprechen: Dazu gehören Öffentlichkeitskampagnen – 5 Millionen Euro für 2012 –, das Rahmencurriculum für

„Alphakurse“ – 2,1 Millionen Euro bis 2015 –, die Lernplattform www.ich-will-lernen.de – unbefristet, 800 000 Euro pro Jahr –, die Bildungsprämie – bis zu 500 Millionen Euro bis 2015 –, Alphabetisierungskurse im Rahmen von Integrationskursen für erwachsene Migranten an Volkshochschulen – unbefristet, 42,2 Millionen für 2011 – und die Prävention „Lesestart“ – 26 Millionen Euro bis 2018.

Das sind die vielfältigen Leistungen der schwarz-gelben Bundesregierung zur Alphabetisierung und Grundbildung. Und die lassen sich sehen!

Entscheidend ist dabei: Die Maßnahmen richten sich an alle Altersgruppen und beziehen sich immer spezifisch auf die jeweilige Lernsituation der Betroffenen. Die Maßnahmen sind kurativ und präventiv. Nur so kann eine optimale Unterstützung gewährleistet werden.

Aber der Staat kann es nicht alleine richten, wir brauchen dazu eine breite zivilgesellschaftliche Unterstützung. Deshalb lehnen wir den staatlichen Dirigismus der Linken strikt ab. Wir brauchen kein bürokratisches Monster eines Zehnjahresplans, das in seinen Planungsexzessen an den Realitäten vorbeigeht.

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD): Eine Vorbemerkung vorweg: Ich persönlich finde es sehr bedauerlich, dass wir die Debatte zur Auseinandersetzung mit dem Analphabetismus und der Verbesserung der Grundbildung einmal mehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit führen bzw. unter Umständen sogar nur zu Protokoll geben. Hier geht es immerhin um das Grundrecht auf Bildung und Qualifikation; über 7,5 Millionen Menschen sind in gravierender Weise davon betroffen. Hinzu kommen noch viele Angehörige, Familien, Kollegen, Firmen. Und wenn Sie nicht nur auf die 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten, sondern auf die über 20 Millionen Menschen mit massiven Grundbildungsdefiziten abheben, wird das Erfordernis einer breiten gesellschaftlichen und das heißt auch einer intensiven, umfassenden, sich vertiefenden parlamentarischen Diskussion immer drängender. Nun denn: Wir von der SPD bleiben hierzu am Ball. Die Debatte muss ja auch noch aus dem Ausschuss zurück in den Bundestag.

Wir haben bereits ein sehr aufschlussreiches Fachgespräch im Bildungsausschuss durchsetzen können, und wir waren auch diejenigen, die schon vor fast einem Jahr einen Antrag „Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland fördern“ ins Parlament eingebracht haben.

Wir freuen uns, dass jetzt auch die anderen Oppositionsfractionen mitziehen und mit ihren Anträgen helfen, dass dieses bildungspolitische Tabu endlich immer weiter aufgebrochen wird. Viel zu lange Zeit hat man die Augen verschlossen und so getan, als ob Analphabetismus ein Thema in unterentwickelten Ländern ist, in fernen Kontinenten und nur weit weg von hochmodernen, hochindustrialisierten und hochgebildeten Gesellschaften und Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland existiert. Nach der sehr verdienstvollen Leo-Studie, die jetzt schon ein Jahr vorliegt, wissen wir allerdings, dass Analphabetismus kein exotisches Thema ist, sondern aus

- (A) der Mitte unserer Gesellschaft kommt und über 14 Prozent unserer erwerbsfähigen Bevölkerung betrifft. Nur frage ich mich jetzt: Wann wird das Thema auch bei den Regierungsfractionen aufgegriffen? Wann bringen Sie Ihre Anträge und Initiativen ein? Die betroffenen Menschen hätten es verdient.

In den Anträgen, die jetzt von Bündnis 90/Die Grünen und von der Fraktion Die Linke eingereicht wurden, sehen wir viel Übereinstimmung in Beschreibung, Analyse und Bewertung zu unserem eigenen Antrag aus dem Mai 2011. Wir sind eigentlich sicher, dass auch die Regierungsfractionen dem beitreten können bzw. sollten. Die Unterschiede zeigen sich tatsächlich in den Konsequenzen und Maßnahmen, die hieraus abgeleitet werden müssen. Hier ist das, was die Bundesregierung über die Forschung hinaus anbietet und eingeleitet hat, eben doch zu zaghaft und unentschlossen. 10 Millionen Euro in zwei Jahren für eine große Informations-, Aufklärungs- und Motivationskampagne können nur ein Einstieg sein. Die Mittel der Bildungsprämie mit zu aktivieren, ist für diese Zielgruppe, die ja eher ein sehr geringes bis in wenigen Fällen mittleres Einkommen hat, nicht zielführend, wie auch die Anhörung im Bildungsausschuss gezeigt hat. 20 Millionen Euro für drei Jahre, also unter 7 Millionen Euro im Jahr, für die Förderung arbeitsplatzorientierter Alphabetisierung und Grundbildung sind angesichts einer Zahl von 7,5 Millionen Betroffenen auch zu zögerlich und ohne entscheidende Durchschlagskraft.

- (B) Die SPD-Bundestagsfraktion bleibt deshalb bei ihrer Forderung nach einem umfassenden Alpha-Pakt für Grundbildung. Bund, Länder und Kommunen sowie die Sozialpartner und die Bundesagentur für Arbeit müssen gemeinsam und entschlossen handeln, um Menschen mit unzureichender Grundbildung zu unterstützen. Allein der Bund soll dafür mittelfristig mindestens 50 Millionen Euro aus dem Bildungshaushalt für sehr konkrete Alphabetisierungs- und Grundbildungsmaßnahmen im Jahr bereitstellen, beginnend mit 25 Millionen Euro in 2012. Entsprechende Anträge hatte die SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen gestellt.

Wir brauchen dieses starke Signal des Bundes an die Länder und die Kommunen, damit diese sich in ihren Anstrengungen nicht alleingelassen fühlen, sondern Bund, Länder und Kommunen hier tatsächlich Hand in Hand in den Aufbau eines Programmes eintreten, das über einen Zehnjahreszeitraum an die Gesamtaufwendungen heranreicht, wie sie zum Beispiel in Großbritannien in Alphabetisierung und Grundbildung investiert worden sind, nämlich durchschnittlich 360 Millionen Euro über 10 Jahre. Auch wenn hier genauere Zahlen sehr schwer zu ermitteln sind, dürften die Kommunen und die Länder aktuell in Deutschland noch unter 100 Millionen Euro jährlich bereitstellen.

Auch die Bundesagentur für Arbeit war bisher noch sehr zurückhaltend, obwohl über 55 Prozent der Betroffenen erwerbsfähig sind. Es hat uns gefreut, dass die Vertreter des DIHK für die Wirtschaft und der DGB für die Gewerkschaften in unserem Fachgespräch die Notwendigkeit einer Förderung auch aus der Arbeitslosen-

- (C) versicherung ausdrücklich anerkannt haben, ganz in dem Sinne, dass die Arbeitslosenversicherung eben auch Qualifikations- und Bildungsversicherung, das heißt Beschäftigungsversicherung zum Auftrag hat.

Andere Punkte, die wir nach dem Fachgespräch im Bildungsausschuss durch die Experten noch besser erkannt haben und hier zuspitzen möchten, sind:

Erstens. Es besteht ein großer Bedarf dafür, dass in konkreten Schritten mindestens 100 000 Kursplätze für Alphabetisierung bereitgestellt werden, damit die Betroffenen eine realistische Chance auf gesellschaftliche Teilhabe erhalten. Zurzeit können nur circa 20 000 Menschen an Alphabetisierungskursen teilnehmen. Dies ist eine große Aufgabe für die Länder und Kommunen. Der Bund sollte sie dabei nachdrücklich unterstützen. Denn 100 000 Plätze erfordern nach den Berechnungen der Fachleute rund 250 Millionen Euro jährlich! Die Linke beschreibt diese Verfünfachung als wenig ambitioniert, jedoch ist dies nun wirklich das Gegenteil. Liebe Kolleginnen und Kollegen von links, das ist wirklich sehr ambitioniert. Es ist im Übrigen auch sehr teuer. Aber es muss nun einmal sein. An dieser Stelle ist Ihr Hinweis auf Großbritannien durchaus richtig und wichtig. Nur, ohne tatkräftige finanzielle Unterstützung dieser Nationalen Strategie durch die Bundesregierung wird dieses keinen Erfolg haben.

Zweitens. Auch das hat das Fachgespräch gezeigt: Für einen quantitativen Aufwuchs der Teilnehmerzahlen müssen die Strukturen der Alphabetisierungsarbeit ausgebaut werden. Es gibt bislang keinen akademischen Ausbildungsgang „Alphabetisierungspädagogik“. Erstmalig werden in 2012 einige wenige Studenten und Studentinnen den Weiterbildungsstudiengang an der Pädagogischen Hochschule Weingarten absolvieren. Da sich auch in der Weiterbildung ein Generationenwechsel vollzieht, werden qualifizierte Kursleiter und -leiterinnen für die Grundbildungsarbeit fehlen. Mit ProGrundbildung liegt ein Konzept für eine grundlegende Qualifizierung vor, die aber von den Kursleitenden nicht selbst finanziert werden kann. Darüber hinaus müssen Bildungsträger in die Lage versetzt werden, über die Vernetzung mit anderen lokalen Einrichtungen, zum Beispiel kommunalen Ämtern oder Beratungsstellen, und durch gezielte Stadtteilarbeit die Betroffenen zu erreichen. Die aufsuchende Bildungsarbeit erfordert personelle Ressourcen, die bislang in zu geringem Maße zur Verfügung stehen. In diesem Sinne wollen wir unseren Antrag vom Mai 2011 nach dem Fachgespräch inhaltlich präzisieren und nachschärfen.

Drittens. Konkret hat die Auseinandersetzung mit den Experten weiter gezeigt: Die Bundesbildungsministerin sollte für eine langfristige finanzielle Unterstützung der wichtigsten Alphabetisierungsträger sorgen, damit sie ihre wertvolle Arbeit dauerhaft leisten können. Es kann nicht sein, dass der Bundesverband für Grundbildung und Alphabetisierung e. V. auf Sponsoren angewiesen ist, um seine Arbeit kontinuierlich fortzuführen. Solche Träger brauchen Planungssicherheit.

Viertens. Bestätigt und bestärkt sehen wir uns schließlich im Einsatz für Alphabetisierung und Grundbildung

- (A) als Aufgabe einer präventiven Beschäftigungsförderung. Wir fordern deshalb ein Umdenken bei der Bundesagentur für Arbeit, die sich aktiv in den Pakt für Alphabetisierung und Grundbildung einbringen muss. Denn Alphabetisierung bei Erwachsenen und zumal bei mehrheitlich Erwerbstätigen ist eben nicht vorrangig allgemeine Bildung, sondern dient der Herstellung der Beschäftigungsfähigkeit und ist deshalb auch Teil der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Wir erwarten insbesondere auch von der Wirtschaft in diesem Zusammenhang ein besonderes Engagement. Denn angesichts des drohenden Fachkräftemangels kann es sich auch die Wirtschaft nicht leisten, dass aktuell 14,5 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter von wichtigen Arbeitsprozessen ausgeschlossen bleiben, weil sie kaum lesen und schreiben können. Um auch dieses zu sagen: Das Programm der Regierung zur Förderung von Projekten mit dem Förderschwerpunkt „Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“ macht sehr viel Sinn und wird von uns auch voll unterstützt. Nur das kann eben nicht fast alles sein.

Wenn Deutschland ernsthaft den Anspruch einer „Bildungsrepublik“ hat, muss die Bekämpfung des Analphabetismus endlich auf die bildungspolitische Agenda gesetzt werden. Das nächste Jahrzehnt muss im Zeichen einer nationalen Alphabetisierungsstrategie stehen. Alphabetisierung ist eine Gemeinschaftsaufgabe jenseits von politischen Ideologien und verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten. Wir dürfen die Probleme der 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten nicht länger verdrängen, nur weil die Menschen, die es betrifft, keine Lobby haben, um auf sich aufmerksam zu machen. Im Gegenteil: Das Tabu des Analphabetismus muss jetzt fallen und die Betroffenen müssen eine Chance bekommen, „Gesicht“ zu zeigen und Unterstützung zu erhalten, in ihrem Interesse und im Interesse der Allgemeinheit. Deshalb hoffen wir, dass es in dieser Frage keine Regierungsfraktion oder Oppositionsfraktion gibt, sondern wir uns zusammen engagieren und die Bundesregierung wie die Landesregierungen, die Kommunen und die Sozialpartner treiben, hier mutige Schritte zu wagen. Das sind uns die 7,5 Millionen wert.

Swen Schulz (Spandau) (SPD): Die Ergebnisse der Leo-Studie vom Frühjahr 2011 zum Analphabetismus in Deutschland haben uns alle überrascht und gleichermaßen erschrocken. Mit 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten und 300 000 Menschen, die noch nicht einmal ihren Namen schreiben können, hatte wohl niemand gerechnet. Angesichts solcher Erkenntnisse erscheint das seit 2003 formulierte Ziel der Vereinten Nationen, mit einer Dekade der Alphabetisierung bis 2013 weltweit die Analphabetenquote zu halbieren, umso bedeutender – auch und gerade in Deutschland.

Man könnte erwarten, diese erschreckenden Zahlen hätten die Bundesregierung und die Öffentlichkeit aufgeschreckt, vielleicht sogar für das Anliegen sensibilisiert. Doch das Thema ist leider relativ schnell wieder verhallt. Wie konnte es dazu kommen?

Selbstverständlich ist das Thema funktionale Analphabeten schwierig. Weder Unternehmen, die aktiv Alphabetisierungsmaßnahmen betreiben, noch die Betroffenen selbst äußern sich hörbar und öffentlich. Es bräuchte gerade deswegen eine Politik, die sich unbequemen Themen widmet, sie auf die öffentliche Agenda setzt und Handlungsmaßnahmen in Angriff nimmt. Bundesbildungsministerin Schavan hat – wie bei zahlreichen anderen Themen – lediglich eine große Pressekonferenz angesetzt und gab große Versprechen ab. Doch was ist nun nach nahezu einem Jahr davon übrig geblieben? Nichts, faktisch nichts hat sich an der Situation dieser Menschen geändert. Das Thema ist erneut im Sande verlaufen. Es ist tragisch, aber diese Entwicklung Schavan'scher Ankündigungen ist leider typisch. Die Leidtragenden sind jedes Mal die Betroffenen.

Auch die im Dezember getroffene Vereinbarung von Bund und Ländern brachte nicht den erhofften großen Wurf. Man einigte sich auf eine öffentlichkeitswirksame Kampagne sowie länderübergreifende Kooperation und Vernetzung. Das ist natürlich gut und wichtig. Doch konzentrieren sich die Maßnahmen auf die Länder: kein neues Projekt der Bundesregierung, keine Zusammenarbeit mit Sozialpartnern, mit der Bundesagentur für Arbeit oder anderen Aktiven in dem Bereich. Stattdessen hat im vergangenen Jahr das BMBF der seit 2003 jährlich stattfindenden Fachtagung Alphabetisierung, die vom Bundesverband Alphabetisierung organisierte Plattform der gesamten Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit in Deutschland, die Förderung gestrichen.

So geht das nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition. Wir von der SPD-Fraktion schenken dem Thema Alphabetisierung größere Aufmerksamkeit. Wir haben als erste Fraktion nach der Studie einen Antrag mit konkreten Handlungsmaßnahmen und Zahlen in den Bundestag eingebracht. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Ländern und den Kommunen einen Grundbildungspakt schließen, der die Anzahl der Analphabeten halbieren soll. Wir nehmen dabei im Gegensatz zur Bundesregierung alle gesellschaftlichen Kräfte mit: Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen wie auch die Medien sollen daran beteiligt werden. Wir wollen 25 Millionen Euro in diesem Jahr und mittelfristig 50 Millionen Euro jährlich für diesen Grundbildungspakt bereitstellen. Unser Ziel ist ein zügiger Ausbau der Kursplätze auf 100 000 pro Jahr. Das sind konkrete Projekte. Damit könnten wir substanziell die Situation dieser Menschen verbessern. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen geht, das will ich ausdrücklich festhalten, in die richtige Richtung. Doch setzt unser Antrag im Vergleich selbst nach fast einem Jahr der Debatte immer noch Maßstäbe: Wir haben uns klar positioniert und dies an konkreten Zahlen festgemacht.

Eine wichtiger Punkt noch zum Schluss: Die Experten des im Ausschuss durchgeführten Fachgesprächs haben vor allen Dingen einen Wunsch formuliert: Sie wollen keine kurzfristige Projektförderung mehr, bei der von Jahr zu Jahr neu entschieden wird, ob die Arbeit weitergeführt und das Personal gehalten werden kann. Sie brauchen langfristige Strukturen und Planungssicherheit. Ich finde, damit haben sie recht und es ist un-

- (A) terstützungswert. Dieses Thema ist zu wichtig, als dass dessen Finanzierung jedes Jahr am seidenen Faden hängen sollte. Um das zu ermöglichen, muss der Bund aktiv werden und den Ländern Hilfe leisten. Und auch dafür müssen wir an das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik ran und langfristige Finanzierungsmöglichkeiten schaffen. Die SPD hat auch hierfür bereits Vorschläge gemacht.

Patrick Meinhardt (FDP): Es ist gut, dass wir im Deutschen Bundestag das Thema Grundbildung und Alphabetisierung immer weiter oben auf die bildungspolitische Agenda setzen. Eines sage ich aber gleich: Dieses Thema darf nicht in einen parteipolitischen Schlagabtausch heruntergezogen werden. Vielmehr ist es notwendig, dass über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg eine gemeinsame Zielrichtung klar wird: Deutschland braucht einen Masterplan Alphabetisierung.

Wir haben viele Organisationen und Institutionen, die in vorbildlicher Art und Weise schon heute aktiv sind. Ganz besonders möchte ich an dieser Stelle die exzellente Arbeit des Bundesverbands für Alphabetisierung und Grundbildung und der Stiftung Lesen erwähnen. Diese beiden Organisationen sind Vorreiter in der Sensibilisierung für Analphabetismus und für Lesen in Deutschland.

Beiden sei von dieser Stelle aus ein herzliches Dankeschön für Ihren unermüdlichen Einsatz gesagt.

- (B) Recht hat Herr Dr. Jörg Maas, der Hauptgeschäftsführer der Stiftung Lesen, wenn er formuliert: „Lesen muss als zentrale Schlüsselqualifikation in der Bildung und Ausbildung der nächsten Generation verankert werden. Hierfür ist ein Netzwerk, eine Allianz von vielen Partnern nötig.“ Deswegen setzt die Initiative der Bundesregierung mit 26 Millionen Euro für das Programm „Lesestart“ genau an der richtigen Stelle an. In den kommenden acht Jahren werden 4,5 Millionen Lesestart-Sets verteilt. So sollen Kinder dafür begeistert werden zu lesen. Aber mindestens genauso wichtig ist es, Eltern für das Vorlesen zu begeistern. Denn eine bildungspolitische Binsenweisheit muss im Land der Dichter und Denker wohl wieder in Erinnerung gerufen werden: Nur dort, wo gelesen wird, entwickelt sich auch ein bildungspositives Umfeld. Deswegen gilt: Das Geld ist wichtig, aber viel wichtiger ist es, dass Lesen wieder eine Selbstverständlichkeit in Deutschland wird.

Darüber hinaus ist es bildungspolitisch dringend erforderlich, alle Anstrengungen zu intensivieren, um die Schulabbrecherquote in Deutschland deutlich zu reduzieren. Hier sind die Länder in der Pflicht, die sie bedauerlicherweise äußerst unterschiedlich wahrnehmen. Während unter der alten Landesregierung in Baden-Württemberg die Schulabbrecherquote seit Beginn der Qualifizierungsinitiative von 6,3 auf 5,6 Prozent, in Bayern von 7,2 auf 6,4 Prozent und in Hessen von 8,1 auf 7 Prozent mit vielen Projekten unter harter Arbeit Schritt für Schritt reduziert werden konnte, sieht es in SPD-geführten Bundesländern ganz anders aus: In Berlin erhöhte sich die Quote von 9,9 auf 11,5 Prozent, in Brandenburg von 11,7

- auf 13 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern von 12,1 auf skandalöse 16,8 Prozent. (C)

Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Schulabbruch und der verstärkten Gefahr des Analphabetismus. Umso unverständlicher ist es, dass Länder hier nicht bereit sind, alle notwendigen Kraftanstrengungen zu unternehmen. Hier erwarte ich eine bildungspolitische Trendwende der Landesregierungen, die dieses Thema so sträflich vernachlässigen.

Spätestens seit der Leo-Studie im vergangenen Jahr sollte ein bildungspolitischer Ruck durch Deutschland gehen. Bis vor wenigen Monaten gingen wir alle davon aus, dass wir 4 Millionen funktionale Analphabeten haben. Jetzt wissen wir: Es ist die erschreckende Zahl von 7,5 Millionen Betroffenen. Damit dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Das muss der Motor für neue Kraftanstrengungen in der Bildungspolitik werden. Hier müssen wir alle an einem Strang ziehen.

Die Bundesregierung und die Fraktionen von FDP und CDU/CSU stellen sich dieser Verantwortung: Ein 20-Millionen-Programm zur arbeitsplatzorientierten Forschung und Entwicklung für Grundbildung, zudem weitere aktivierte 35 Millionen aus dem Europäischen Sozialfonds, 24 Verbundvorhaben mit über 100 Einzelmaßnahmen mit einer Gesamtfördersumme von über 30 Millionen Euro und die millionenschweren Mittel, die über die Bundesagentur zur berufsbezogenen Eingliederung zur Verfügung stehen, machen eines deutlich: Diese Bundesregierung, diese Regierungsfractionen kümmern sich um die Sorgen der Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können, und setzen diese in konkrete Bildungspolitik um. (D)

Wichtig in diesem Zusammenhang ist es, dass wir in allererster Linie ein gesellschaftspolitisches Klima schaffen müssen, in dem Analphabetismus enttabuisiert und alle gesellschaftlichen Institutionen dafür sensibilisiert werden. Es ist keine Schande, nicht richtig lesen und schreiben zu können. Es ist aber eine Schande, wenn wir als Gesellschaft zulassen, dass Menschen dies verbergen, weil sie sich schämen.

Als eine kurzfristige Maßnahme haben wir in den Haushaltsberatungen durchgesetzt, dass der Posten „Qualitätsentwicklung und Strukturverbesserung der allgemeinen Weiterbildung“ um sage und schreibe 60 Prozent auf 13,5 Millionen Euro erhöht worden ist. Damit werden wir eine Konferenz zur Aufarbeitung der UNO-Alphabetisierungsdekade für Deutschland finanzieren, die auch Perspektiven für die Zukunft aufzeigen soll. Wir werden eine öffentlichkeitswirksame, breit angelegte Kampagne intensivieren, und es ist damit möglich geworden, das Vorbildprojekt iChance fortzuentwickeln und damit Menschen unkompliziert digital die Möglichkeit zu geben, sich zu informieren. Denn das muss unser weiteres zentrales Ziel sein: Menschen unkompliziert und ohne Stigmatisierung die Möglichkeit zu eröffnen, für sich selbst den bestmöglichen Weg zu finden. Das brillante Motto: „Schreib dich nicht ab! Lern Lesen und Schreiben!“ macht deutlich, dass dieses Geld bildungspolitisch hervorragend angelegt ist.

- (A) Funktionale Analphabeten müssen eine zweite und dritte Chance erhalten. Wir brauchen eine gewaltige gemeinsame Kraftanstrengung von Kommunen, Ländern, Bund, Unternehmen, Vereinen und Initiativen. Umso wichtiger ist es, dass wir ein Weiterbildungserfolgsprojekt dieser Bundesregierung, die Bildungsprämie, jetzt öffnen. Seit der Verdreifachung der Prämie von 150 auf 500 Euro, haben wir statt 7 000 Prämien im Jahr 2009 inzwischen 175 000 Prämien ausgegeben und deswegen auch den Haushaltsansatz für dieses Jahr noch einmal erhöht. Diese Prämie kann von jetzt ab auch für Maßnahmen der Alphabetisierung und Grundbildung genutzt werden. Dies wird die Möglichkeit für einen weiteren Schub öffnen und ist deswegen eine wichtige Weichenstellung dieser Bundesregierung.

Der Geschäftsführer des Bundesverbands Alphabetisierung und Grundbildung, Herr Peter Hubertus, bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: „Als Wissenschaftsgesellschaft können wir es uns schlichtweg nicht leisten, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung wegen unzureichender Grundbildung im Alltag und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt ist.“

Jetzt wird es wichtig, das Thema Grundbildung und Alphabetisierung in alle bildungspolitischen Netzwerke in der Bundesrepublik Deutschland einzuspeisen. Es muss fester Bestandteil der Qualifizierungsinitiative für Deutschland werden, es muss in der Allianz für Bildung ein klarer Schwerpunkt sein und in den Bildungsbündnissen vor Ort fest integriert sein. Deswegen begrüßen wir es, dass es gemeinsam vom Bund mit den Kultusministern den Impuls für eine „Nationale Strategie zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“ gibt. Nur so schaffen wir es, Öffentlichkeit zu schaffen und einen Masterplan Alphabetisierung auf den Weg zu bringen. Hier steht noch eine bildungspolitische Herkulesaufgabe vor uns. Das Fundament dafür ist umsichtig gelegt.

- (B) **Dr. Rosemarie Hein (DIE LINKE):** Als vor einem Jahr die Studie zum funktionalen Analphabetismus in Deutschland vorgelegt wurde, gab es ein großes Erschrecken. Mehr als 14 Prozent der erwachsenen erwerbsfähigen Bevölkerung in unserem Land kann nicht richtig lesen, schreiben und rechnen. Das ist ein Skandal, den man in diesem Ausmaß nicht vermutet hatte. Bis dahin ist man von 4 Millionen betroffener Menschen ausgegangen, nun sind es fast doppelt so viele.

Um das Ausmaß deutlich zu machen: der Bundestag hat rund 580 Abgeordnete im erwerbsfähigen Alter. Wenn er den Durchschnitt der Bevölkerung repräsentiert – was wahrscheinlich nicht der Fall ist – könnten 84 von uns nicht richtig lesen und schreiben. Ich mache diesen Vergleich nicht aus boshafter Unterstellung, sondern weil an diesem Befund des Analphabetismus auch schlimm ist, dass eine unzureichende Grundbildung in Deutschland als selbstverschuldeter Mangel angesehen wird. Damit aber werden die Betroffenen stigmatisiert, wird nicht nach den tiefer liegenden Ursachen geforscht, wird das ganze Problem unter den Teppich gekehrt und eben zu wenig dagegen getan.

- (C) Fakt aber ist: Unter den von Analphabetismus Betroffenen haben fast die Hälfte einen Schulabschluss, 12 Prozent sogar einen höheren Bildungsabschluss. Warum also sollte der Deutsche Bundestag hier eine Ausnahme bilden.

Das Bundesministerium hat nun endlich eine Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung angekündigt. Die UN-Dekade zur Alphabetisierung hatte zum Ziel die Zahl der Analphabeten weltweit zu halbieren. Nun, fast am Ende der zehn Jahre zeigt die Studie, dass erheblicher Handlungsbedarf auch in Deutschland da ist. Andere europäische Staaten können aber schon Ergebnisse im eigenen Land aufweisen. Deutschland hat sich bisher auf Fachtagungen, Beratung und Internetangebote beschränkt. Das reicht nicht aus. Sind wir über die Ursachen von mangelhafter Grundbildung denn überhaupt im Bilde? Oder ist es vielmehr nicht so, dass gar nicht bemerkt wird, wenn jemand dabei Schwierigkeiten hat? Ist unsere PISA-Fixierung dabei nicht auch hinderlich, weil Analphabetismus auch nach der abgeschlossenen Schulausbildung entstehen kann, weil die Betroffenen ihre Schulkenntnisse wieder verlernen? Welchen Anteil haben anregungsarme berufliche Tätigkeiten dabei, und was bedeutet es, wenn man jahrelang von Erwerbstätigkeit ausgegrenzt ist? Welche konkreten Ziele gibt es? Wer setzt sie um?

Für mich sind nach dem Fachgespräch im Ausschuss mehr Fragen entstanden als schon Antworten gegeben wurden. Nun fordern wir aber nicht erst eine weitere Studie, obgleich es auch diese geben muss, sondern erwarten, dass schnell wirksame Gegenstrategien greifen.

(D) Dazu gehört für uns natürlich die Forderung, dass niemand ohne eine gefestigte Grundbildung die Schule verlassen soll. Dazu müssen Lehrende in Studium und Weiterbildung besser vorbereitet werden. Sie müssen in der Lage sein, zu merken, wenn jemand nicht gut lesen, schreiben, rechnen lernt. Das sieht man offensichtlich nicht nur an schlechten Zensuren. Sie brauchen die nötige Zeit für eine angemessene Förderung. Wir brauchen mehr gut qualifizierte Kursleiterinnen und Kursleiter und eine bessere Finanzierung von deutlich mehr Kursen als heute zur Verfügung stehen. Wir brauchen eine öffentlich finanzierte und leicht zugängliche Bildungsberatung, die Betroffenen helfen kann, geeignete Angebote zu finden. Wir brauchen niedrigschwellige Angebote, die auch ganz im Privaten greifen.

Wir brauchen die Aufmerksamkeit in den Unternehmen und ihre Bereitschaft, Beschäftigten eine entsprechende Qualifizierung zu ermöglichen, ohne dass sie im Betrieb schief angesehen werden. Wir brauchen ein öffentliches Klima, das Analphabetismus nicht als Tabuthema behandelt, sondern als gesellschaftliches Problem, nicht nur als Problem des einzelnen.

Ziel muss es sein, nun endlich innerhalb von zehn Jahren die Zahl der Betroffenen zu halbieren. Damit wir uns am Ende des Zeitraumes nicht wieder schulterzuckend eingestehen müssen, dass wir nicht so recht vorangekommen sind, wollen wir, dass jährlich der Stand der Entwicklung festgestellt und öffentlich dargestellt wird.

(A) **Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die „Level-One-Studie“ zum Analphabetismus in Deutschland hat einen der größten bildungspolitischen Skandale offengelegt: Analphabetismus ist im technologisch hoch entwickelten Land der Dichter und Denker kein Randphänomen weniger, sondern ein existenzielles Problem viel zu vieler. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns als Bundestag mit darum kümmern, das Problem zu lösen.

Das Ausmaß des Analphabetismus ist erschreckend: Rund 7,5 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter sind funktionale Analphabeten. Sie sind also nicht in der Lage, den Sinn eines einfachen Textes zu verstehen. Ihre sozialen, beruflichen, ökonomischen und kulturellen Teilhabechancen sind massiv eingeschränkt. Das alltägliche Leben der Betroffenen ist häufig geprägt von Scham, Vertuschung und Ignoranz der Gesellschaft.

Die *FAZ* hat den Umgang mit funktionalen Analphabeten zutreffend mit der Schlagzeile „durchgereicht und weggelogen“ beschrieben. Dringend notwendig ist daher eine Enttabuisierung des Themas. Besonders das Bildungswesen, Sozialpartner und die Medien sind zu einem verantwortungsvollen Umgang aufgefordert.

Angesichts immer höherer Anforderungen im Arbeitsleben werden die Chancen von Menschen mit mangelnder Grundbildung immer schlechter. Hier haben Erwachsenenbildung, Volkshochschulen und Bundesagentur für Arbeit eine wichtige Funktion. Die Arbeitgeber sind zudem aufgefordert, diese Menschen gezielt zu unterstützen und die Weiterbildung auszubauen. Die Bundesregierung hat es aber versäumt, die Förderung der Weiterbildung gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen zu verbessern. Hier müssen Sie dringend liefern!

(B) Wir benennen in unserem grünen Antrag wirkungsvolle Maßnahmen, die Staat und Zivilgesellschaft ergreifen müssen: Bei den Alphabetisierungskursen legen wir Wert auf einen deutlichen Ausbau, verbunden mit ÖA-Kampagnen, auf Qualitätssicherung und Zielgruppenorientierung. Wichtig ist uns, dass Alphabetisierungsangebote Genderaspekte stärker berücksichtigen. Dies betrifft den überdurchschnittlich hohen Anteil männlicher Analphabeten. Ebenso gilt es, etwa in den Integrationskursen, gerade Frauen mit Migrationshintergrund kultursensibel anzusprechen.

(C) Mit Blick auf besonders benachteiligte Gruppen ist es absolut falsch, dass Programm „Soziale Stadt“ kaputtzusparen. Richtig wäre, in diesem Rahmen niedrigschwellige Angebote zur Alphabetisierung und Grundbildung stärker zu verankern. Dies haben die Sachverständigen bei der Anhörung des Bildungsausschusses bestätigt. Dort herrschte Unverständnis, warum der Pakt für Alphabetisierung so wenig vorankommt und öffentlich kaum wahrnehmbar ist. Das muss sich ändern!

Bestürzend ist, dass Analphabetismus viele junge Menschen betrifft, die gerade erst die Schule verlassen haben – der übergroße Teil mit Schulabschluss: So sind 20 Prozent der 18- bis 29-Jährigen funktionale Analphabeten oder sehr schwach in Rechtschreibung. Dies zeigt Versagen und Mängel unseres Bildungssystems. Das muss sich ändern!

Eine frühzeitige Sprachbildung, individuelle Förderung von Anfang an bis hin zur Jugend- und Schulsozialarbeit sind daher unverzichtbar. Bildungsarmut darf in Deutschland nicht weiterhin stärker als in anderen OECD-Ländern vererbt werden.

Das Ziel ist klar: Keine Schülerin und kein Schüler darf die Schule ohne ausreichende schriftsprachliche Kompetenzen und ohne solide Grundbildung verlassen. Dies ist nicht nur eine volkswirtschaftliche Konsequenz aus dem demografischen Wandel, sondern vor allem die Umsetzung fundamentaler Rechte auf Bildung und Teilhabe.

Der Nationale Pakt für Alphabetisierung und Grundbildung darf kein Placebo sein, sondern muss endlich klare, ambitionierte Zeit- und Zielpläne erhalten. Wir sollten uns – als Konsequenz aus der Anhörung – dabei an erfolgreichen nationalen Strategien wie der in Großbritannien orientieren. Im Vergleich dazu sind die Aktivitäten der Bundesregierung leider qualitativ und quantitativ ein Tropfen auf den heißen Stein. Öffentlichkeitswirksame Kampagnen wären ein Anfang und das Mindeste, sie ersetzen aber kein strategisches Gesamtkonzept.

(D) Bis zur „Bildungsrepublik“ Deutschland ist auch an dieser Baustelle noch viel zu tun. Bessere Perspektiven der Betroffenen müssen uns allen ein Ansporn zu entschlossenem Handeln sein. Bund und Länder dürfen diesen Bildungsskandal nicht verwalten, sondern müssen Lösungen gestalten.